

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Junckers Abschiedsrede](#) 2
- [Vertrag von Lissabon jährt sich zum zehnten Mal](#) 3

Europäisches Parlament

- [Europäisches Parlament ruft Klimanotstand aus](#) 4
- [Neue EZB-Chefin das erste Mal vom Wirtschaftsausschuss befragt](#) 5

Europäischer Rat

- [Rechte der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr: Rat stimmt aktualisierten Vorschriften zu](#) 6
- [Rat arbeitet an Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit](#) 7
- [Ergebnisse des Rates für Justiz und Inneres, 2.-3. Dezember](#) 8

Sonstiges

- [Vernissage der Zwillinge Hausberger im Tirolbüro](#) 9

Laufende Konsultationen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum 11

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Junckers Abschiedsrede

Zum Ende seiner Amtszeit hat sich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 29. November in einer Pressekonferenz von den Korrespondenten in Brüssel verabschiedet.

„Ich möchte mich ein letztes Mal an Sie wenden, nicht um Ihnen zu danken – denn dies ist ein Ausdruck von Respekt, der nicht derjenige ist, der zwischen Politik und Presse bestehen sollte“, sagte Juncker. „Die Journalisten sind keine Verbündeten, sie sind keine Sklaven. Sie sind da.“ Er könne nachfühlen, dass die EU-Korrespondenten kein einfaches Leben haben, da die Heimatredaktionen europapolitischen Themen häufig nicht das gleiche Gewicht beimessen wie sie selbst. Auf die Frage, was er Ursula von der Leyen mitgebe, die am 1. Dezember sein Amt übernimmt, sagte Juncker: „Ich werde meiner Nachfolgerin sagen, dass sie auf Europa aufpassen soll. Denn auf Europa muss man aufpassen.“

„Es ist kein Geheimnis, dass Europa die große Liebe meines Lebens ist und immer bleiben wird“, gab er zu verstehen. „Die vergangenen fünf Jahre waren kein Spaziergang. Es gab schwierige Momente, die mir im Gedächtnis geblieben sind, und es gab sehr schöne Erinnerungen an sehr besondere Momente.“

Präsident Juncker verriet einige Anekdoten, etwa wie der frühere französische Präsident Jacques Chirac sein Handy abgehört habe und dass er in Zypern genug Halloumi-Käse für den Rest seines Lebens serviert bekommen habe. „Ich habe denen das nicht gesagt, aber ich bin wirklich kein Fan von diesem gummiartigen Zeug“, scherzte Juncker.

In ernsterer Tonlage hielt Juncker fest, dass er sich verabschiedet, bevor das Vereinigte Königreich die EU verlässt. „In gewisser Weise bin ich darüber nicht unglücklich, denn es bricht mir das Herz, wenn ein Mitglied unserer Union aus unserer Mitte geht“, so Juncker. Am Sonntag, den 1. Dezember begann die Amtszeit der neuen EU-Kommission unter Vorsitz der gewählten Präsidentin Ursula von der Leyen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Vertrag von Lissabon jährt sich zum zehnten Mal

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat passend zu ihrem offiziellen Amtsantritt zum 10-jährigen Jubiläum des Vertrags von Lissabon eine Stärkung Europas angemahnt. „Es ist unsere Verantwortung, eine stärkere Union zu hinterlassen als die, die wir übernommen haben“, sagte von der Leyen bei einer Veranstaltung zum zehnten Jahrestag des Inkrafttretens des Reformvertrags von Lissabon in

Die EU-Spitzen bezeichnete von der Leyen bei der Feierstunde als „Wächter“ der Verträge und als „Hüter des Geists von Lissabon“. Zudem lobte sie jüngste Fortschritte bei der europäischen Einigung. Vor zehn Jahren hätten ihre Vorgänger noch darüber diskutiert, ob Europa eine Fahne oder eine Hymne brauche. „Aber in diesen zehn Jahren sind Millionen Menschen auf die Straße gegangen und haben die Europaflagge geschwenkt“.

Von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel traten ihre Ämter am Sonntag einen Monat später als ursprünglich geplant Amt an, weil das Europaparlament zeitweise einige Kandidaten für Kommissarsposten blockiert hatte. Bei der Veranstaltung in Brüssel waren zudem EU-Parlamentspräsident David Sassoli und die Chefin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, anwesend.

EU-Parlamentspräsident Sassoli rief die europäischen Institutionen auf, die Versprechen der vergangenen Monate zu erfüllen. „Es ist jetzt Zeit zu handeln. Das Parlament ist bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, um Europa weiter aufzubauen“, sagte er nach Angaben seines Büros. „Vom Kampf gegen den Klimawandel bis zu

Maßnahmen gegen steigende Lebenshaltungskosten – die Europäer wollen sehen, dass wir entschlossen handeln.“

Der Lissabon-Vertrag war am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten. Er hat die EU weitreichend verändert. Durch ihn wurden unter anderem das Amt des EU-Ratspräsidenten eingeführt, die Möglichkeit von Mehrheitsbeschlüssen im Ministerrat ausgeweitet und dem Europaparlament mehr Mitspracherechte bei Gesetzgebungsverfahren gegeben. Gleichzeitig schaffte der Lissabon-Vertrag die Möglichkeit des EU-Austritts, den Großbritannien mit dem Brexit nun nutzt.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Europäisches Parlament ruft Klimanotstand aus

Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz COP25 in Madrid vom 2. bis 13. Dezember verabschiedete das Parlament am 28. November eine Resolution, mit der es den Klima- und Umweltnotstand ausruft. Es fordert die Kommission zudem auf, dafür zu sorgen, dass alle relevanten Gesetzes- und Haushaltsvorschläge vollständig mit dem Ziel übereinstimmen, die Erderwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen.

In einer getrennten EntschlieÙung fordert das Parlament die EU nachdrücklich auf, ihre Strategie zur Klimaneutralität im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über den Klimawandel vorzulegen, die aufzeigen soll, wie die EU Klimaneutralität so bald wie möglich, spätestens aber bis 2050, erreichen will. Die Abgeordneten fordern die neue Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen auf, in den von ihr angekündigten „Green Deal für Europa“ eine Vorgabe von 55% Emissionsreduzierung bis 2030 aufzunehmen.

Das Parlament hebt die große Bedeutung der Auffüllung des globalen Klimaschutzfonds hervor des globalen Klimaschutzfonds und hält die Mitgliedstaaten dazu an, ihre Beiträge mindestens zu verdoppeln. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die größten öffentlichen Geber von Finanzmitteln für den Klimaschutz, so der Text der EntschlieÙung, und der Haushalt der EU sollte mit ihren internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich im Einklang stehen. Die Abgeordneten stellen ebenfalls fest, dass die tatsächlichen Zusagen der Industrieländer immer noch weit hinter dem gemeinsamen Ziel von 100

Milliarden US-Dollar pro Jahr ab 2020 zurückbleiben.

"Das Europäische Parlament hat gerade einen ehrgeizigen Standpunkt im Hinblick auf die bevorstehende COP 25 in Madrid angenommen. Angesichts der Klima- und Umweltkrise ist es unerlässlich, unsere Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 % zu reduzieren. Es ist auch eine klare Botschaft an die Kommission, einige Wochen vor der Veröffentlichung der Mitteilung zum ‚Green Deal‘ für Europa", sagte Pascal Canfin (RENEW, FR), Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Die COP25 findet vom 2. bis 13. Dezember 2019 in Madrid statt. Der Präsident des Europäischen Parlaments David Maria Sassoli (S&D, IT) wird an der Eröffnung teilnehmen. Eine Delegation des Europäischen Parlaments unter der Leitung von Bas Eickhout (Grüne, NL) wird vom 9. bis 14. Dezember dort sein.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Neue EZB-Chefin das erste Mal vom Wirtschaftsausschuss befragt

Christine Lagarde, seit dem 1. November Präsidentin der Europäischen Zentralbank, wurde in ihrem neuen Amt erstmals vom Wirtschafts- und Währungsausschuss angehört.

Fragen, wie die EZB auf die Bedrohung durch den Klimawandel reagieren wolle, wurden am Montag während der ersten Anhörung Lagards im Parlament immer wieder gestellt. Europaabgeordnete aus dem gesamten politischen Spektrum wollten wissen, wie die EZB Maßnahmen gegen den Klimawandel in ihre Geldpolitik einbeziehen kann und ob sie die Unterstützung nicht nachhaltiger Unternehmen durch ihr Programm zum Ankauf von Vermögenswerten einstellen würde.

Frau Lagarde wies darauf hin, dass das Klimaproblem, obwohl es dem Schutz der Preisstabilität untergeordnet ist, in die makroökonomischen Modelle der EZB einbezogen und bei der Risikobewertung und Beaufsichtigung der EU-Banken berücksichtigt würde. Sie erinnerte die Abgeordneten auch daran, dass die EZB der Hauptabnehmer von Anleihen der Europäischen Investitionsbank ist, die sich dazu verpflichtet haben, Investitionen in fossile Brennstoffe auslaufen zu lassen.

Angesichts der geplanten strategischen Überprüfung der Geldpolitik der EZB erkundigten sich die Abgeordneten nach Inflationsprognosen, Beschränkungen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten und den Aussichten für den Haushalt der Eurozone. Präsidentin Lagarde stimmte zu, dass während der strategischen Überprüfung alle

oben genannten Fragen geprüft werden sollten, einschließlich des gegenwärtigen Inflationsziels von fast 2% sowie der Haushaltskapazität des Euro-Währungsgebiets.

Die Europaabgeordneten waren auch besorgt über die langsame Reaktion der EZB auf störende globale technologische Entwicklungen wie „Stablecoins“, die die Möglichkeit bieten, günstige und schnelle grenzüberschreitende Zahlungen zu leisten, aber gleichzeitig Risiken für den Verbraucherschutz darstellen. Frau Lagarde antwortete, dass die EZB die technologischen Entwicklungen aufmerksam verfolgt und Forschungsprojekte zu digitalen Münzen durchführt, einschließlich der Risiken, die diese für die Stabilität, die Sicherheit und die Sicherheit des Währungssystems und der einzelnen Kunden darstellen könnten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäischer Rat

Rechte der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr: Rat stimmt aktualisierten Vorschriften zu

Der Rat hat am Dienstag, den 3. Dezember seinen Standpunkt zur vorgeschlagenen Reform der Fahrgastrechte im Schienenverkehr festgelegt. Die aktualisierten Vorschriften werden die Rechte von Fahrgästen, insbesondere von Fahrgästen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität, verbessern, eine einheitlichere Anwendung der Vorschriften gewährleisten und die Bereitstellung von Informationen verbessern.

Diese neuen Regeln stärken die Rechte aller Fahrgäste, einschließlich derer mit eingeschränkter Mobilität. Sie werden auch Klarheit schaffen, wenn es zu Verspätungen und Stornierungen kommt. Gleichzeitig werden sie die Bahnunternehmen ermutigen, mehr und bessere Dienstleistungen anzubieten, was die Beliebtheit dieses umweltfreundlichen Reisemittels erhöhen wird.

Der Standpunkt des Rates enthält klare Regeln und klare Verantwortlichkeiten für die Erbringung von Schienenverkehrsdiensten für Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität, auch in Fällen, in denen die Bahnhöfe nicht besetzt sind und die Züge kein Begleitpersonal haben. Es präzisiert die Regeln für die Entschädigung für den Verlust oder die Reparatur von Mobilitätsgeräten. Mitarbeiter, die Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität helfen, werden geschult, damit sie die unterschiedlichen Bedürfnisse der Fahrgäste erfüllen können. Der Rat hat den Text auch an das jüngste Gesetz über Barrierefreiheit angeglichen, um sicherzustellen, dass die Vorschriften kohärent sind.

Der Geltungsbereich der Verordnung wird schrittweise auf bestimmte inländische Dienstleistungen ausgedehnt, die die Mitgliedstaaten derzeit möglicherweise von den Bestimmungen der Verordnung ausnehmen, insbesondere in Situationen, in denen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen bestehen. Die schrittweise Verlängerung ist erforderlich, um die Rechtssicherheit und die Einhaltung bestehender Verträge mit den Betreibern zu gewährleisten. Die Mitgliedstaaten können aufgrund ihrer besonderen Merkmale weiterhin Ausnahmen gewähren, beispielsweise für städtische, vorstädtische und regionale Dienste (im Gegensatz zu Ferndiensten).

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäischer Rat

Rat arbeitet an Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit

Die EU arbeitet darauf hin, den grenzüberschreitenden Austausch zwischen Behörden durch die Digitalisierung und die Nutzung von IT zu modernisieren und so die justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen zu verbessern. Um dies zu erreichen, hat der Rat am 3. Dezember seine zu zwei Änderungsverordnungen über die Beweisaufnahme bzw. über die Zustellung von Schriftstücken festgelegt.

Anna-Maja Henriksson, die finnische Justizministerin sagte dazu: „Tag für Tag führen immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihr Leben und ihre Geschäfte grenzüberschreitend in der gesamten EU. Unsere heutige Einigung soll dafür sorgen, dass sie Zugang zu einem effizienten und modernen Justizsystem haben, wann immer sie es benötigen. Durch den verstärkten Einsatz moderner Technologien in diesem Bereich können wir die Verfahren beschleunigen und den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zur Justiz erleichtern.“

Die Verordnungsentwürfe sehen die Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen auf dem Gebiet der Beweisaufnahme und der Zustellung von Schriftstücken vor. Durch die Änderungsentwürfe werden die Effizienz und die Geschwindigkeit grenzüberschreitender Gerichtsverfahren verbessert, indem die Digitalisierung und moderne Technologien genutzt werden, um auf diese Weise den Zugang zur Justiz und zu einem fairen Verfahren für die Parteien zu verbessern.

Die Änderungen an beiden Verordnungen sehen unter anderem vor, dass für die Übermittlung von Dokumenten und Anfragen zwischen den Mitgliedstaaten verpflichtend ein dezentrales elektronisches IT-System, das aus miteinander verbundenen nationalen IT-Systemen besteht, verwendet wird. Mit den Verordnungsentwürfen wird die Kommission auch mit der Schaffung, Wartung und Pflege sowie mit der künftigen Weiterentwicklung einer Referenzsoftware betraut, die die Mitgliedstaaten als ihr Back-End-System anstelle eines auf nationaler Ebene entwickelten IT-Systems anwenden können.

Im Hinblick auf die Zustellung von Dokumenten ist in dem Entwurf der neuen Vorschriften vorgesehen, dass sie Empfängern mit einer bekannten Anschrift in einem anderen Mitgliedstaat elektronisch direkt zugestellt werden, wenn diese im Voraus ausdrücklich ihre Zustimmung erteilt haben. Die Zustellung kann mittels eines qualifizierten Dienstes für die Zustellung elektronischer Einschreiben oder – unter zusätzlichen Bedingungen – per E-Mail erfolgen.

Mehr Informationen dazu finden Sie [hier](#)



Europäischer Rat

Ergebnisse des Rates für Justiz und Inneres vom 2.-3. Dezember 2019

Neben der im vorherigen Artikel ausführlich behandelten Modernisierung in der justiziellen Zusammenarbeit standen auch andere Themen auf der Agenda des Rates. Im Folgenden finden Sie die wichtigsten Ergebnisse.

Opferrechte

Die Minister nahmen nach den im Oktober im JI-Rat geführten Beratungen Schlussfolgerungen zu den Rechten der Opfer an. In den Schlussfolgerungen wird eine Bestandsaufnahme des in diesem Bereich entwickelten umfassenden EU-Rahmens vorgenommen, der legislative und nichtlegislative Instrumente sowie die Zusammenarbeit auf operativer Ebene abdeckt. Ihr Ziel ist es, die Wirksamkeit und Umsetzung des Rahmens zu verbessern und konkrete Maßnahmen und Initiativen zu ermitteln, die ergriffen werden müssen, um ihn weiter zu verbessern.

Zukunft der EU-Migrations- und Asylpolitik

Die Minister erörterten die Zukunft der EU-Migrations- und Asylpolitik auf der Grundlage eines Berichts des finnischen Ratsvorsitzes. Während der Aussprache begrüßten die Minister die Absicht der Kommission, einen neuen Pakt zu Migration und Asyl vorzulegen. Sie bekräftigten die Notwendigkeit eines umfassenden Migrationsansatzes mit einem gesamtstaatlichen Ansatz und einem ganzheitlichen Routenansatz.

Zukunft der inneren Sicherheit

Die Minister erörterten die Zukunft der inneren Sicherheit der EU, um im nächsten Legislaturzyklus (2019-2024) Leitlinien für künftige Entwicklungen im Bereich der inneren Sicherheit zu liefern. Diese Diskussion fand während des Mittagessens auf der Grundlage eines vom finnischen Ratsvorsitz erstellten Berichts statt, in dem die Hauptthemen und Arbeitsbereiche zusammengefasst sind, die in den letzten sechs Monaten im Rahmen dieses Reflexionsprozesses erörtert wurden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Sonstiges

Vernissage der Zwillinge Hausberger im Tirolbüro

Die Zwillingsschwwestern Melanie und Stephanie Hausberger aus Mayrhofen im Zillertal haben am 4. Dezember ihre Bilder in unserer Gemeinsamen EU Vertretung sehr zum Gefallen der zahlreichen internationalen Gäste ausgestellt. Zusammen mit Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann wurde die Vernissage von Direktor Seeber eröffnet.





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluierung des Beitrags des ESF zur sozialen Inklusion](#)

Beschäftigung und Soziales

26 September 2019 - 19 Dezember 2019

[Agrarsubventionen – Übergangsbestimmungen](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020

[EU-Agrarpolitik – zulässiger Subventionsmix \(Direktzahlungen an Landwirte & Entwicklung des ländlichen Raums\)](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Paul Egger